

Initiativantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
einen Kurswechsel in eine stabile und soziale Zukunft in der Europäischen Union**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sie sich in der Europäischen Union für

1. die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, der gemeinsame europäische Anleihen zu einem günstigen Zinssatz begibt – gekoppelt an eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik,
2. ein EU-Programm für ein soziales und ökologisches Wachstum mit Stärkung der Binnennachfrage mittels gemeinsamer Infrastruktur-Investitionen und Sicherung der Kaufkraft der Haushalte und
3. eine Vereinbarung zwischen den Notenbanken, die Wechselkurse innerhalb einer engen Bandbreite zu stabilisieren,

einsetzt.

Begründung

Spar- und Privatisierungspolitik werden als Lösung gegen die Krise im Euroraum gesehen. Dies führt aber nicht zur Entspannung der Lage. Vielmehr rückt die Bewältigung der Krise in immer weitere Ferne und die EU schlittert in eine ungewisse und unsoziale Zukunft, in der die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer wird. ExpertInnen weisen darauf hin, dass Österreich als Mitglied der EU die Folgen der Krise deutlich zu spüren bekommt und zwangsläufig auch Oberösterreich davon betroffen sein wird. Ein grundsätzlicher Kurswechsel ist auch im Sinne Oberösterreichs notwendig.

Die Krise hat sich bereits seit Jahrzehnten aufgebaut. Seit Anfang der 70er Jahre verlagerte sich das Gewinnstreben weg von produktiven Investitionen in die Realwirtschaft hin zu Finanzinvestitionen. In einer Welt stark schwankender Rohstoffpreise, Wechselkurse und Kredit- und Anleihezinsen ließ und lässt sich noch immer mit Finanzspekulationen prächtig verdienen. Zusätzlich liegen die Kredit- und Anleihezinsen über der Wachstumsrate der Wirtschaft. Als Folge reduzieren die Unternehmen seit Anfang der 80er Jahre ihre kreditfinanzierten Investitionen und geben statt dessen Geld in die Finanzmärkte.

Gleichzeitig kam es durch die jahrelange Verschiebung bzw. Umverteilung weg von den Löhnen hin zu Gewinn- und Vermögenseinkommen zu einem Anwachsen des „Spielkapitals“ am globalen Finanzmarkt. Auf der anderen Seite steht der Staat, der bei Krisen die finanziellen Lasten übernehmen muss und dessen Schulden daher immer mehr ansteigen. Dies bedeutet: Die steigenden Finanzvermögen der Unternehmen und Haushalte auf der einen Seite bewirken die wachsenden Schuldenberge der anderen Seite.

Zusätzlich kam es mit der Finanzkrise zu einem weiteren starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung, nachdem enorme Finanzmittel zur Bankenrettung und Konjunkturstabilisierung eingesetzt wurden. Einzelne Staaten gerieten und geraten dadurch in eine immer ausweglosere Situation. Es wird darüber hinaus befürchtet, dass die Insolvenz eines Staates zu Kettenreaktionen mit unkalkulierbaren Folgen für die Finanzstabilität der gesamten EU führen kann. In dieser Not wird der „Euro-Rettungsschirm“ aufgespannt. Um daraus Finanzmittel zu erhalten, werden den Staaten strengste Sparmaßnahmen diktiert. Dies verschlechtert die finanzielle Situation der Länder aber weiter und hemmt die weltweite wirtschaftliche Entwicklung. Das trifft vor allem auch Exportländer wie Österreich. Oberösterreich ist als Bundesland mit großen Industrie- und Exportunternehmen hier besonders betroffen.

Um diese Krise zu bewältigen, bedarf es einer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Neuorientierung. Drei wichtige Ansatzpunkte sind:

- Mittels eines **Europäischen Währungsfonds** und gemeinsamer Anleihen können die Zinsschwankungen eingedämmt, die Zinshöhe reduziert und die Auseinanderentwicklung Europas gestoppt werden. Die Einrichtung des EWF muss aber unbedingt an eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik gekoppelt werden.
- Ein **gemeinsames sozial-ökologisches Wachstumsprogramm** erleichtert den Abbau der Schulden, ermöglicht wichtige Zukunftsinvestitionen und verhindert vor allem eine Verarmung großer Teile der europäischen Bevölkerung.
- Mittels einer **Einschränkung der Wechselkursschwankungen** sinkt die Attraktivität von Devisenspekulationen. Das ist notwendig zur Eindämmung der Spekulation, welche sich vom Volumen her von der Realwirtschaft entkoppelt hat.

Linz, am 26. September 2011

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Jahn, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Eidenberger, Makor, Rippl, Müllner, Affenzeller, Bauer, Pilsner, Weichsler-Hauer, Schenner